

Ergebnisprotokoll

17. Sitzung IT Planungsrat		
<u>Datum:</u> 17. Juni 2015	<u>Ort:</u> Berlin, Clubhaus im Olympiapark, Gretel-Bergmann-Weg 1	<u>Uhrzeit:</u> 10:05 Uhr bis 13:40 Uhr
<u>Leitung:</u> [REDACTED]	<u>Sitzungsunterlagen:</u> <ul style="list-style-type: none"> • Finale Tagesordnung • Teilnehmerliste 	

Kategorie A:
Einführung

Top 1	Begrüßung und Tagesordnung
-------	----------------------------

Der Vorsitzende des IT-Planungsrats, [REDACTED] begrüßt die Mitglieder des IT-Planungsrats zur 17. Sitzung.

Er geht dabei auf die personellen Wechsel in den Bundesländern Brandenburg und Saarland ein. [REDACTED] wird von [REDACTED] abgelöst und [REDACTED] von [REDACTED]. Der personelle Wechsel im Saarland ist auf die Verlagerung der Aufgabe vom Ministerium für Finanzen und Europa in die Staatskanzlei zurückzuführen.

Einleitend blickt der Vorsitzende auf den 3. Fachkongress am 12./13. Mai 2015 in Mainz zurück, der großen Anklang gefunden habe. Er dankt Rheinland-Pfalz für die erfolgreiche Ausrichtung. In dem Zusammenhang weist er auf den kommenden 4. Fachkongress in 2016 hin, zu dem das Land Berlin einladen werde. Als Termin sei der 2./3. Mai 2016 festgelegt worden. Veranstaltungsort soll das Olympiastadion sein. Da für den 5. Fachkongress in 2017 noch kein Ausrichterland benannt ist, ruft er die Mitglieder des IT-Planungsrats auf, ihre Bereitschaft, als Gastgeberland zu fungieren, zu prüfen. An alle Mitglieder gerichtet bittet er, künftig eine Teilnahme der Länder am Fachkongress stärker als bisher auch auf der Ebene der Mitglieder des IT-Planungsrats vorzusehen.

Zu der auf Initiative Berlins eingerichteten Arbeitsgruppe „Attraktivität des E-Government“ berichtet der Vorsitzende, dass die erste Sitzung am 7. Mai 2015 in Berlin erfolgreich verlief. Insbesondere hätten viele Vertreter der Kommunen teilgenommen. Das nächste Treffen sei für den 12. Juli anberaumt. Im Ergebnis der Beratungen werde Berlin Beschlussvorschläge in die 18. Sitzung des IT-Planungsrats einbringen, mit denen konkrete Maßnahmen zur Verbesserung der Attraktivität des E-Government zur Umsetzung festgelegt werden sollen.

Der Vorsitzende des IT-Planungsrats spricht auch die Stellensituation in der Geschäftsstelle an, die regelmäßig angespannt sei: Von den planmäßig zur Verfügung stehenden zehn Stellen seien derzeit noch acht Stellen besetzt, wobei ein langfristiger Krankheitsfall zu bedauern sei und zwei Abordnungen in Kürze auslaufen (zum 30. Juni und 31. Oktober 2015). Daher

seien derzeit zwei Stellen des gehobenen Dienstes und eine Stelle des höheren Dienstes von Länderseite neu zu besetzen. Er ruft die Mitglieder des IT-Planungsrats auf, aktiv, auch im nachgeordneten Bereich und in der Kommunalverwaltung, um Interessenten für eine Tätigkeit in der Geschäftsstelle zu werben.

Schwerpunkt der 17. Sitzung soll das Thema „FITKO“ sein. Die bisherigen Beratungen hätten gezeigt, dass es gemeinsamer Wille sei, „FITKO“ zu realisieren. Daher sei das Ziel der Beratungen, die Diskussion auf der Basis der vorliegenden Unterlagen, insbesondere der Tabelle 1 (Übersicht über die Finanzierungsanteile), zu führen und auf der Grundlage des am Rande des Kaminabends durch Berlin erarbeiteten Beschlussvorschlags, der die bis dahin aus Niedersachsen und Sachsen vorliegenden Beschlussvorschläge konsolidiert, einen weiterführenden Beschluss zu fassen. Wichtig und Konsens sei, das bestehende gemeinsame Interesse an einer Realisierung durch eine möglichst verbindliche Beschlussfassung auch in der öffentlichen Wahrnehmung sichtbar zu machen.

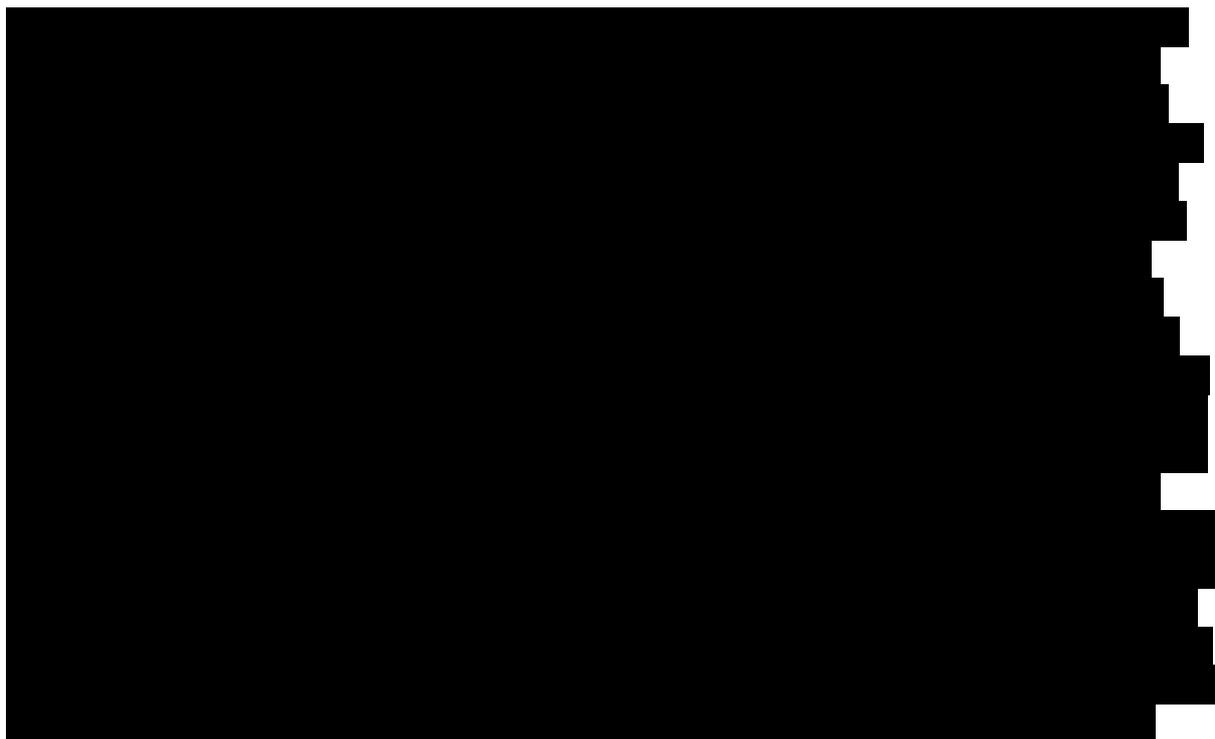
Nach Feststellung der Beschlussfähigkeit wird der vorgelegte Entwurf des Ergebnisprotokolls der 16. Sitzung mit den hierzu vorab eingebrachten Änderungen bestätigt.

Ergänzungen an der vorgelegten Tagesordnung werden vorgenommen, indem auf Wunsch Sachsens TOP 15 zum Zweck einer Nachfrage von der Grünen Liste genommen und kurz erörtert werden soll.

Die Beschlüsse zu den Tagesordnungspunkten 4, 5, 8, 9, 10 und 14 der Grünen Liste werden im Block bestätigt.

Kategorie B:	Schwerpunktthema
---------------------	-------------------------

Top 2	Föderale IT-Kooperation (FITKO) - Umsetzung Phase III
--------------	--



[REDACTED]



Die Mitglieder tragen das vorgeschlagene Vorgehen mit und fassen folgenden Beschluss:

Beschluss 2015/14

1. Der IT-Planungsrat nimmt den Bericht der Bund-Länder-Arbeitsgruppe "Föderale IT-Kooperation" (FITKO Projektphase III) zur Kenntnis und bekräftigt die Absicht der Föderalen IT-Kooperation einen neuen Rahmen zu geben, um die Arbeit des IT-Planungsrats organisatorisch und konzeptionell verstärkt voranzutreiben.
2. Der IT-Planungsrat sieht den vorgelegten Organisationsvorschlag als die geeignete Grundlage für die weitere Konkretisierung an.
3. Der IT-Planungsrat beauftragt die Bund-Länder-Arbeitsgruppe, zu seiner 19. Sitzung ein Verwaltungsabkommen zu erarbeiten, das insbesondere
 - die Einbindung in die aufnehmende Bundes- oder Landesverwaltung,
 - die Zuordnung von Rechts-, Fach- und Dienstaufsicht,
 - das fachliche Weisungsrecht des IT-Planungsrats,
 - Verfahren zur Aufnahme zukünftiger Vorhaben in die gemeinsame Organisation,
 - die Finanzierung der gemeinsamen Organisation sowie der IT-Kooperationen im Rahmen des IT-Planungsrats,
 - das Verfahren zur Auswahl der Leitung
 konkretisiert und regelt.

Ergebnis der Abstimmung:

J	N	E
16	0	1

Protokollnotiz Bayern:

Bayern erachtet es für erforderlich, die Notwendigkeit bzw. den Umfang des vorgesehenen Personalaufwuchses und die weitere Personalplanung der föderalen IT-Kooperation (FITKO) nach drei Jahren (d.h. in 2019) zu evaluieren.

Kategorie C:	Informationssicherheit
---------------------	-------------------------------

Top 3	Umsetzung der Leitlinie Informationssicherheit
--------------	---

[REDACTED] führt als Berichterstatter in den Sachstand ein. Unter Verweis auf die Angriffe auf die IT des Bundestages betont er die gestiegene Bedeutung angemessener IT-Sicherheitsstandards in der Verwaltung. Erfreulicherweise seien die Maßnahmen aus dem Umsetzungsplan zur Leitlinie Informationssicherheit in der Gesamtschau von Bund und Ländern zu etwa 70 % realisiert und damit gegenüber dem Vorjahr Fortschritte erzielt. Die Einführung des IT-Grundschutzes bis 2018 erfordere grundsätzlich erhebliche zusätzliche personelle und finanzielle Ressourcen, worauf BY bereits mit ersten zusätzlichen Personaleinstellungen reagiert habe. Er dankt allen Beteiligten, insbesondere auch [REDACTED] und dem BSI für die gute Zusammenarbeit.

Auf Rückfrage von [REDACTED] erläutert [REDACTED] dass das BSI für das gegenwärtige IT-Grundschutztool dauerhaft keinen Support mehr anbieten kann [Anm. GSITPLR: für das gegenwärtige IT-Grundschutztool werden noch bis zum 31.12.2016 Wartungsleistungen seitens des BSI angeboten. Nach jetziger Planung sollen für die Anwendung des IT-Grundschutz ab dem 1.1.2017 Werkzeuge am Markt zur Verfügung stehen, die jeweils über eine Schnittstelle zum heutigen BSI-Grundschutztool verfügen und für die auch Wartungsleistungen angeboten werden. Erste in Frage kommende Anbieter für solche Werkzeuge sind bereits auf der BSI-Internetseite veröffentlicht.]

Kategorie D:	Maßnahmen des IT-Planungsrats
---------------------	--------------------------------------

Top 6	Steuerungsprojekt „Weiterentwicklung Deutsches Verwaltungsdienstverzeichnis (DVDV 2.0)“
--------------	--

[REDACTED] führt als Berichterstatter in das Thema ein. Das DVDV 2.0 sei eine Kernkomponente im E-Government, eine Fülle von Fachministerkonferenzen sei betroffen. Die zwischenzeitlich gestiegenen technischen Anforderungen, insbesondere bzgl. der Skalierbarkeit, resultierten aus europäischen Vorgaben, aus Vorgaben des IT-Planungsrats sowie aus deutlich gestiegenen Nutzungszahlen.

Aufgrund der gestiegenen Anforderungen lägen die im laufenden Vergabeverfahren unterbreiteten Angebote preislich nennenswert über der ursprünglichen Kostenschätzung, was eine Anpassung des Kostenrahmens notwendig mache. Dies sei im Verlauf des Vergabeverfahrens zulässig. Das Projekt wird zur 18. Sitzung ein neues Finanzierungskonzept vorlegen.

Die Beschlussfassung erfolgt ohne Aussprache.

Beschluss 2015/16

1. Der IT-Planungsrat nimmt die prognostizierte Aufstockung des Budgets für das Steuerungsprojekt DVDV 2.0 zur Kenntnis.
2. Er bittet den Bund als Federführer, gemeinsam mit der Expertengruppe DVDV 2.0, bis zur 18. Sitzung des IT-Planungsrats ein Konzept zur Beschlussfassung vorzulegen, aus dem sich das weitere Vorgehen, die für 2016 zuzuweisenden Haushaltsmittel sowie der Umfang und die Gründe des Mehrbedarfs nachvollziehbar ergeben.
3. Der IT-Planungsrat beschließt, dass die für das Steuerungsprojekt DVDV 2.0 für 2015 freigegebenen Haushaltsmittel auf das Haushaltsjahr 2016 übertragen werden sollen.

Ergebnis der Abstimmung:

J	N	E
17	0	0

Top 7

Steuerungsprojekt „Umsetzung der eID-Strategie für E-Government“

[REDACTED] führt als Berichterstatter in das Thema ein. Die zur Umsetzung der „Strategie für eID und andere Vertrauensdienste im E-Government (eID-Strategie)“ vorgesehenen zehn Maßnahmen seien weitgehend umgesetzt. Mit dem vorliegenden TOP und Beschlussvorschlag bitte die Projektgruppe nunmehr um Billigung, die Strategie mit der Realisierung dezentraler, dauerhafter, interoperabler Bürgerkonten fortzuschreiben. Ziel sei ein Verbund der Länder-Bürgerkonten durch einen Vermittlungsdienst, für den zunächst ein Prototyp entwickelt werden solle. Datenschutzrechtliche Aspekte seien von den rechtlichen Implikationen erfasst, die gemäß Beschlussvorschlag geprüft werden sollen.

In der anschließenden Aussprache wird zum einen dafür plädiert, die bis zur 19. Sitzung erzielten Zwischenergebnisse zum Bürgerkonto noch nicht im Rahmen der CeBIT 2016 zu präsentieren. Dies sei - sofern geplant - auf der Basis der gegenwärtig bekannten Zeitplanung verfrüht. Zudem soll der vorliegende Beschlussvorschlag hinsichtlich der Begrifflichkeit „Bürgerkonto“ nicht geändert, sondern die Projektgruppe eID-Strategie um ein Votum gebeten werden, ob „Bürgerkonto“ oder „Servicekonto“ zu bevorzugen sei.

Beschluss 2015/17

1. Der IT-Planungsrat nimmt den Bericht der Projektgruppe eID-Strategie zum Status der Umsetzung der Maßnahmen der eID-Strategie zur Kenntnis.

2. Der IT-Planungsrat spricht sich für eine flächendeckende Verbreitung von Bürgerkonten aus und bittet die Projektgruppe eID-Strategie bis zu seiner 19. Sitzung um
- die Definition der notwendigen rechtlichen Rahmenbedingungen als Voraussetzung von Interoperabilität der Bürgerkonten,
 - die Konzeption interoperabler Bürgerkonten und die Bereitstellung eines beispielhaften Prototypen für die interoperable Kommunikation zwischen Bürgerkonto-Angeboten und dabei bereits am Anfang zu berücksichtigen, wie das Bürgerkonto im Endausbau gestaltet sein soll sowie
 - die Durchführung einer Wirtschaftlichkeitsbetrachtung für die weitere Umsetzung interoperabler Bürgerkonten.

Ergebnis der Abstimmung:

J	N	E
17	0	0

Protokollnotiz Berlin:

Das Land Berlin schlägt vor, zukünftig den Begriff „Servicekonto“ anstatt „Bürgerkonto“ zu verwenden, da auch juristische Personen einen Zugang auf das Portal erhalten sollen.

Protokollnotiz Bayern:

Bayern regt an, die differenzierteren Begriffe Bürgerkonto und Unternehmenskonto zu verwenden, da entsprechende Konten unterschiedliche Eigenschaften haben können. Servicekonto wird als Oberbegriff vorgeschlagen.

Top 11
E-Government-Landkarte

[REDACTED] führt als Berichterstatterin aus: Auf der Basis des aktuellen Projektstatus der Landkarte sei in der letzten Sitzung der Kooperationsgruppe Strategie mit Blick auf den veralteten Datenbestand mehrheitlich das Einstellen der Plattform vorgeschlagen und die Geschäftsstelle mit der Vorlage eines entsprechenden Beschlussvorschlags beauftragt worden. Für das Projekt seien bislang [REDACTED] aufgewendet und zu 50 % aus Bundesmitteln finanziert worden. Für den Weiterbetrieb sei ein gesonderter Beschluss nicht notwendig.

Es schließt sich eine kurze Diskussion an, in der mehrere Länder Sinn und Zweck einer Fortführung in Frage stellen und weitere Investitionen in die E-Government-Landkarte ablehnen.

Auf Anregung des Vorsitzenden wird der Beschlussvorschlag wie folgt geändert und beschlossen:

Beschluss 2015/20

Der IT-Planungsrat beschließt, den Betrieb des NEGS-Monitors „E-Government-Landkarte“ ohne Aufwand von Mehrkosten zunächst fortzuführen und setzt eine Arbeitsgruppe ein, die ein Konzept zur Aktualisierung zur nächsten regulären Sitzung erarbeitet.

Ergebnis der Abstimmung:

J	N	E
12	0	5
		[REDACTED]

Kategorie E:
Grundlagen des IT-Planungsrats
Top 12
Evaluierung des CeBIT-Gemeinschaftsstandes 2015

[REDACTED] führt als Berichterstatterin in das Thema ein. Sie spricht sich in Anlehnung an das Votum des Arbeitskreises „CeBIT“ für eine Fortführung in den nächsten Jahren aus. Zugleich sieht sie für eine dauerhafte Finanzierung der CeBIT die

Notwendigkeit, entsprechende Mittel im jährlichen Finanzplan vorzusehen, z.B. im Rahmen der für Kommunikation zu veranschlagenden Mittel.

Die Mitglieder fassen ohne Aussprache folgenden Beschluss:

Beschluss 2015/21	
1.	Der IT-Planungsrat nimmt den Bericht des Arbeitskreises CeBIT zur Kenntnis und beschließt, an der CeBIT 2016 teilzunehmen. Die Grundfinanzierung i. H. v. 400 Tsd. EUR erfolgt aus Restmitteln des Jahres 2014 sowie aus zusätzlich im Finanzplan 2016 bereitzustellenden Mitteln der Öffentlichkeitsarbeit.
2.	Der IT-Planungsrat folgt den Empfehlungen des AK CeBIT und bittet den AK die Umsetzung vorzubereiten und den Standbau - sofern jährliche Kündigungsmöglichkeit eingeräumt ist - über drei Jahre als Option auszuschreiben.
3.	Der IT-Planungsrat beschließt in seiner 19. Sitzung über die Fortführung der CeBIT-Teilnahme ab 2017 und bittet hierzu den AK CeBIT um Vorlage eines Konzeptes.

Ergebnis der Abstimmung:

J	N	E
16	0	1

Top 13	Vorschlag zur Verwendung der Restmittel aus dem Jahr 2014
---------------	--

[REDACTED] führt als Berichterstatterin aus: Die Restmittel belaufen sich auf insgesamt ca. [REDACTED]

[REDACTED] Im Einzelnen sieht der beigefügte Vorschlag zur kompletten Verwendung der Restmittel vor, dass die freien Restmittel der Geschäftsstelle für das Kommunikationskonzept, den E-Government-Monitor und den CeBIT-Gemeinschaftsstand 2016 (in Summe ca. [REDACTED]) verwendet werden. Aus den Restmitteln der Position „Projekte und Maßnahmen“ sollen für die Umsetzung der Leitlinie Informationssicherheit [REDACTED] zur Verfügung gestellt werden. Die übrigen freien Restmittel aus den Positionen „KoSIT“, „Projekte und Maßnahmen“ sowie „Anwendungen“ sollen entgegen der grundsätzlichen Kostenblockbindung wegen unterschiedlicher Finanzierungsschlüssel aufgrund der Dringlichkeit des erhöhten Finanzierungsbedarfs für das Steuerungsprojekt DVDV 2.0 [REDACTED] verwendet werden. Zugleich wird die Verwendung der Restmittel für das Steuerungsprojekt DVDV 2.0 unter den Vorbehalt der Verabschiedung eines zur 18. Sitzung vorzulegenden aktualisierten Finanzierungskonzeptes gestellt. Für den Fall, dass der IT-Planungsrat dieses Konzept ablehnt, sollen die Restmittel verrechnet werden.

Ohne Aussprache fassen die Mitglieder folgenden Beschluss:

Beschluss 2015/22
<ol style="list-style-type: none"> 1. Der IT-Planungsrat beschließt die vorgelegte Planung zur Verwendung der Restmittel aus dem Jahr 2014. 2. Die Zuweisung der Restmittel für das Steuerungsprojekt DVDV 2.0 steht unter dem Vorbehalt, dass dem Projekt in der 18. Sitzung des IT-Planungsrats auf der Basis eines dann vorzulegenden Gesamtkonzepts weitere Haushaltsmittel im Finanzplan 2016 zugewiesen werden. Anderenfalls erfolgt eine Verrechnung mit den Beiträgen 2016.

Ergebnis der Abstimmung:

J	N	E
17	0	0

Top 15	EVB-IT Überlassung Typ A und EVB-IT Pflege S - Neufassung
---------------	--

[REDACTED] erläutert auf Nachfrage von [REDACTED] dass es keine einheitliche standardisierte No-Spy-Klausel gebe. Die EVB-IT Muster enthielten auch keine No-Spy-Klausel, enthielten aber in Ziffer 2.3 ihrer AGB eine Regelung zu sog. „verborgenen Funktionen“, die ebenfalls das Thema ungewünschten Informationsabflusses adressiere. Die durch den Bund verwendete No-Spy-Klausel bei der Beschaffung seien rechtlich differenziert zu betrachten. Präzedenzfälle in der Rechtsprechung gebe es noch nicht. Mit den zu den Klauseln erstellten Anwendungshinweisen wäre eine gute argumentative Grundlage geschaffen, mit der man auch für potenzielle gerichtliche Überprüfungen gerüstet sei. Die Klauseln würden durch Vertragspartner mit US-amerikanischen Muttergesellschaften unterschiedlich aufgenommen. Insgesamt sei mit den Klauseln ein höheres Maß an Rechtssicherheit und Handlungsfähigkeit gegeben.

Ohne Aussprache fassen die Mitglieder folgenden Beschluss:

Beschluss 2015/24

1. Der IT-Planungsrat nimmt die neuen EVB-IT Überlassung Typ A, bestehend aus vier neuen EVB-IT Vertragsformularen und den zugehörigen Allgemeinen Geschäftsbedingungen (EVB-IT Überlassung-AGB) sowie die EVB-IT Pflege S, bestehend aus zwei neuen EVB-IT Vertragsformularen und den zugehörigen Allgemeinen Geschäftsbedingungen (EVB-IT Pflege S-AGB) zur Kenntnis und bedankt sich bei der Arbeitsgruppe EVB-IT.
2. Der IT-Planungsrat empfiehlt seinen Mitgliedern die Anwendung der neuen EVB-IT Überlassung Typ A und EVB-IT Pflege S.

Ergebnis der Abstimmung:

J	N	E
17	0	0

Kategorie F: Grüne Liste (Ohne Aussprache)
Top 5 Neubeauftragung des Verbindungsnetzes
Beschluss 2015/15

Der IT-Planungsrat nimmt den Bericht des Bundes zur Kenntnis und stimmt dem Verhandlungsergebnis zu. Das Arbeitsgremium Verbindungsnetz wird gebeten, die Zweckmäßigkeit des Instruments Verwaltungsvereinbarung zu prüfen.

Ergebnis der Abstimmung:

J	N	E
17	0	0

Top 8
XVergabe als nationaler Standard
Beschluss 2015/18

1. Unter Bezug auf § 1 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 des Vertrages über die Errichtung des IT-Planungsrats und über die Grundlagen der Zusammenarbeit beim Einsatz der Informationstechnologie in den Verwaltungen von Bund und Ländern (IT-Staatsvertrag) beschließt der IT-Planungsrat auf der Grundlage der technischen Spezifikation „XVergabe Kommunikationsschnittstelle“ in der Fassung vom 10.02.2015 die verbindliche Anwendung des Interoperabilitätsstandards XVergabe als nationalen Standard.
2. Der IT-Planungsrat stimmt dem vorgelegten Betriebskonzept in der Version 1_0 zu.
3. Der IT-Planungsrat wird bis Ende 2017 eine Regelung zur Finanzierung des Betriebs des Standards XVergabe ab 2018 treffen.
4. Die Umsetzung des Standards XVergabe erfolgt innerhalb eines Jahres nach dieser Beschlussfassung.

Ergebnis der Abstimmung:

J	N	E
17	0	0

Top 9
GovData - Umgang mit nicht an der Finanzierung beteiligten Gebietskörperschaften
Protokollerklärung Hamburg:

Die Geschäfts- und Koordinierungsstelle GovData hat ein großes Interesse, dass auch zukünftig die kommunale Ebene möglichst breit auf dem GovData Portal vertreten ist. Gleichermassen besteht die Notwendigkeit, GovData verursachungsgerecht zu finanzieren. Einzelne Bundesländer können ihre Planungen zum Beitritt nicht kurzfristig abschließen. Um den betroffenen Kommunen eine unterbrechungsfreie Präsenz im GovData Portal zu ermöglichen, wird die folgende Zusage gegeben: Erklärt ein Land bis zum 15. September 2015 verbindlich, dass ein Beitritt zur Verwaltungsvereinbarung GovData bis spätestens 31.12.2016 erfolgen wird, so findet der Abschnitt 2b der Beschlussfassung für das jeweilige Land keine Anwendung.

Beschluss 2015/19

1. Der IT-Planungsrat beschließt, um den Betrieb und die Weiterentwicklung des GovData Portals verursachungsgemäß zu finanzieren, den Zugang des Portals auf den Bund und die Länder zu beschränken, die sich an der Finanzierung von GovData beteiligen.
2. Im Datenportal GovData werden nur solche Daten dargestellt, die von
 - a) der Verwaltungsvereinbarung beigetretenen oder sonstigen an der Finanzierung beteiligten Ländern oder dem Bund,
 - b) Kommunen, die im Gebiet eines unter a) genannten Landes liegen oder
 - c) den jeweils unter a) bzw. b) genannten nachgeordneten Verwaltungseinheiten in das Portal eingestellt werden.

Ergebnis der Abstimmung:

J	N	E
17	0	0

Top 14
Koordinierungsprojekt „115-App“
Beschluss 2015/23

1. Der IT-Planungsrat nimmt den Abschlussbericht und die vorgelegten Projektergebnisse zur Kenntnis.
2. Der IT-Planungsrat bittet Rheinland-Pfalz als Federführer, die Projektergebnisse dem 115-Lenkungsausschuss bereitzustellen.
3. Der IT-Planungsrat bittet den 115-Lenkungsausschuss die Projektergebnisse im Rahmen der Umsetzung der Strategie zur Weiterentwicklung der 115 zu berücksichtigen.
4. Das Koordinierungsprojekt 115-App wird mit der Vorlage des Abschlussberichts beendet.

Ergebnis der Abstimmung:

J	N	E
17	0	0

Kategorie G:
Verschiedenes
Top 16
Nutzung privater Endgeräte für dienstliche Zwecke

Der Vorsitzende führt in das Thema ein: Hintergrund der Vorschlags, eine Arbeitsgruppe einzusetzen, sei der zunehmende Wunsch und die zunehmende Praxis, nicht regelmäßig sowohl private als auch dienstliche Endgeräte mit sich führen zu müssen, sondern die persönlichen Geräte auch für dienstliche Zwecke zu gebrauchen.

██████████ und ██████████ äußern ihre grundsätzliche Skepsis gegenüber dem dienstlichen Einsatz privater Endgeräte und stützen sich dabei auf Sicherheitserwägungen. Zudem würde eine entsprechende Arbeitsgruppe eine Erwartungshaltung wecken, die nach gegenwärtigem Stand wahrscheinlich nicht erfüllbar sei.

Der Vorsitzende ergänzt daraufhin, dass die Arbeitsgruppe dem Meinungs-austausch diene und die genannten Erwartungs- und Akzeptanzaspekte adressieren könne.

Die Mitglieder fassen folgenden Beschluss:

Beschluss 2015/25

1. Der IT-Planungsrat richtet eine offene Arbeitsgruppe „Bring Your Own Device“ unter der Federführung von Berlin ein.
2. Ziel der Arbeitsgruppe ist es, einen Erfahrungsaustausch zu initiieren und für interessierte Verwaltungen Wege aufzuzeigen, unter welchen Rahmenbedingungen der Einsatz privater mobiler Endgeräte in der Verwaltung sinnvoll sein kann. Das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) ist zu beteiligen.
3. Die Arbeitsgruppe wird ihre Ergebnisse zur 19. Sitzung des IT-Planungsrats vorlegen.

Ergebnis der Abstimmung:

J	N	E
15	0	2

Top 17	Sonstiges / Nächste Termine
---------------	------------------------------------

Für die anstehende IT-Planungsratssitzung zum Thema Föderale IT-Kooperation (FITKO) setzt der Vorsitzende **Dienstag, 14. Juli 2015, 10:30 bis 14 Uhr in Berlin** fest. Auf die fünfwöchige Frist zur Übersendung der Einladung und der Sitzungsunterlagen verzichten die Mitglieder einvernehmlich.

Anstehende Termine:

- Zukunftskongress am 23. und 24. Juni in Berlin
- Sitzung der Kooperationsgruppe (KG) Strategie, 4. und 5. August 2015, in Berlin/VK
- 18. Sitzung des IT-Planungsrats, 1. Oktober 2015, in Berlin
- 4. Fachkongress des IT-Planungsrats am 2. und 3. Mai 2016 in Berlin

In dem Zusammenhang erinnert der Vorsitzende die Länder zu prüfen, ob sie für die Ausrichtung des 5. Fachkongresses des IT-Planungsrats im Frühjahr 2017 als Gastgeber zur Verfügung stehen.

Im Auftrag

Geschäftsstelle IT-Planungsrat

beim Bundesministerium des Innern